

Aktuelles Stichwort: Herausforderungen und Chancen der deutschen Ratspräsidentschaft

1. Juli 2020: In herausfordernden Zeiten hat Deutschland turnusgemäß die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Die Erwartungen sind enorm, gleichzeitig steigt die Zustimmung der Deutschen zur EU.

Präsidentschaft zu Krisenzeiten...

Zum 1. Juli 2020 hat Deutschland die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union übernommen. Bereits das Logo der Präsidentschaft – das sog. Möbiusband, eine Schlaufe, die nur eine Kante und eine Seite hat – soll ein Symbol für ein innovatives und solidarisches Europa darstellen. Dies ist vor dem Hintergrund der Coronakrise und deren Auswirkungen in allen 27 EU-Mitgliedstaaten ein wichtiges Signal. Ohne Präzedenz hat die Pandemie in der EU – wie auch weltweit – zu einem wirtschaftlichen Einbruch geführt und Ängste und Sorgen geschürt. Entsprechend groß sind die Erwartungen an die Bundesregierung – aber auch die Zuversicht, dass die EU mit einem mutigen Ratsvorsitz gestärkt aus der Krise kommen wird.

...mit breitem Themenspektrum...

Oberste Priorität unter deutschem Vorsitz wird in den ersten Wochen und Monaten sein, die Corona-Folgen zu bewältigen und gleichsam die europäische Wirtschaft wieder aufzubauen. Hierzu liegt der Vorschlag der Europäischen Kommission für das Aufbauinstrument „Next Generation EU“, der sowohl konditionierte Zuschüsse als auch Kredite vorsieht, auf dem Verhandlungstisch und muss nun schnellstmöglich beschlossen werden. Gleichzeitig bedarf es einer raschen Einigung auf den damit eng verknüpften Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027. Als dritte Priorität steht schließlich der Abschluss der Verhandlungen über die künftigen Beziehungen zu Großbritannien auf der Agenda, die vor dem Hintergrund eines weiterhin drohenden harten Brexit für die EU und gerade auch für Deutschland von großer Bedeutung sind. Doch damit längst nicht genug: weitreichende Bemühungen zur Transformation der

europäischen Wirtschaft sind vor allem im Bereich der Nachhaltigen Finanzen zur Bekämpfung des Klimawandels notwendig. Gleichzeitig muss der Binnenmarkt weiter gestärkt und Innovationen „made in Europe“ gesteigert werden. Neben der Vertiefung des Binnenmarktes für Banken sowie der Kapitalmarktunion sind insbesondere auch weitere Schritte in Richtung einer digitalen Finanzmarktunion wichtig, um das Finanzsystem wettbewerbsfähig und gleichsam krisenfest zu machen.

...und großem Zuspruch

Erfreulicherweise erhält die Regierung für diese „Herkulesaufgabe“ ordentlich Rückenwind von der Bevölkerung: Laut einer repräsentativen Umfrage des Bankenverbands ist die Zustimmung der Bürger zur EU deutlich gestiegen und zwei Drittel halten von Europa sehr viel oder viel. Gleichwohl wird das bisherige Krisenmanagement von knapp der Mehrheit der Befragten als unzureichend betrachtet. Hier ist weitere Überzeugungsarbeit und nicht zuletzt europäisches Leadership nötig.

Position des Bankenverbandes

Um das Potenzial der Banken zur Finanzierung der Wirtschaft voll auszuschöpfen, muss sich die deutsche Ratspräsidentschaft dafür einsetzen, dass für die Dauer der Krise die Flexibilisierung der Aufsichtsregeln beibehalten und zugleich zusätzliche Belastungen abgewendet werden: die Verschiebung der Umsetzung der Baseler Bankstandards und die Überarbeitung der Anlegerschutzregeln (MiFID Quick Fix) sind daher richtige Ansätze. Im Bereich der Kapitalmarktunion sollte der EU-Verbriefungsmarkt vorangetrieben werden. Für Nachhaltige Finanzen ist ein praxisgerechter Aktionsplan nötig und im Bereich Digitales muss insbesondere die Debatte zu digitalen Währungen konkreter werden.

Kontakt:

Dietmar Schwarz
Associate Director
Politik Deutschland
dietmar.schwarz@bdb.de

Schlagwörter:

Brexit
EU
Ratspräsidentschaft
Wiederaufbau

Links:

[Aktuelle Umfrage EU](#)
[Positionspapier Brexit](#)